

Peter-Michael Diestel

**In der DDR  
war ich glücklich.  
Trotzdem kämpfe ich  
für die Einheit**

Rückblicke

*mit Bildteil ausgestattet*

Das Neue Berlin

*Bildnachweis*  
Bildteil: privat  
Vignetten: Horst Hussel  
Faksimili: Archiv Diestel

Sämtliche Inhalte dieser Leseprobe sind urheberrechtlich geschützt. Sie dürfen ohne vorherige schriftliche Genehmigung weder ganz noch auszugsweise kopiert, verändert, vervielfältigt oder veröffentlicht werden.

Das Neue Berlin –  
eine Marke der Eulenspiegel Verlagsgruppe Buchverlage

ISBN 978-3-360-01338-5

1. Auflage 2019

© Eulenspiegel Verlagsgruppe Buchverlage GmbH, Berlin  
Alle Rechte der Verbreitung vorbehalten.

Umschlaggestaltung: Verlag,  
unter Verwendung eines Fotos von Susann Welscher

[www.eulenspiegel.com](http://www.eulenspiegel.com)

Für Andreas

## Inhalt

1. Kapitel  
**Im Paradies, im Land zum Leben,  
gleich hinter Adamshoffnung**  
9

2. Kapitel  
**Woher ich komme**  
31

3. Kapitel  
**Von Hünen und Zwergen**  
45

4. Kapitel  
**Einstieg in die Politik**  
77

5. Kapitel  
**Ich will aber Minister werden**  
99

6. Kapitel  
**Amtsantritt mit Aberglauben**  
113

7. Kapitel  
**Der Stasi-Komplex**  
125

8. Kapitel  
**Wofür ich mich schäme**  
141

9. Kapitel  
**Als Sitte Kohl einen Korb gab**  
157

10. Kapitel  
**Der Drops war gelutscht**  
173

11. Kapitel  
**Zum Kaffee bei den Honeckers**  
187

12. Kapitel  
**Abstieg**  
199

13. Kapitel  
**Die Bombe**  
207

14. Kapitel  
**Ausstieg aus der Politik**  
223

15. Kapitel  
**Juristische Kreativität**  
233

16. Kapitel  
**Der schönste Fußballpräsident der Welt**  
257

17. Kapitel  
**Vorwärts und nichts vergessen**  
269

**Personenregister**  
281

## 1. Kapitel

### **Im Paradies, im Land zum Leben, gleich hinter Adamshoffnung**

Irgendwann schlägt die Autobahn Richtung Hamburg einen Bogen nach links, nachdem sie sich teilte. Die eine Spur geht gradeaus Richtung Rostock. Auf der bleibe ich. Ich drehe nicht ab in den Westen. Ich fahre geradlinig weiter. Irgendwann taucht am Rand ein Schild auf: »Willkommen im Land zum Leben«. Die Landschaft beginnt sich leicht zu wellen, erntereife Felder und grüne Inseln säumen die Piste, alles überspannt von einem wolkenlosen Himmel. Vor einigen tausend Jahren zog dickes Eis darüber, beim Rückzug hinterließ es Hügel und Seen und Steine, die man Findlinge nennt. Die Gegend heißt Mecklenburgische Seenplatte. Hier machen andere Menschen Urlaub. Ich lebe hier.

Im Radio verrauschen die Berliner Sender, ihre Reichweite ist erschöpft. Auch akustisch verschwindet die Region, die ich Kampfgebiet nenne. Schon immer. In Berlin und Potsdam fanden seinerzeit heftige politische Auseinandersetzungen statt, später trug ich dort juristische Verfahren aus, in der branden-

burgischen Landeshauptstadt führte ich eine Kanzlei. Die habe ich vor Jahren aufgegeben und an den Plauer See verlegt. Zu mir kommen jetzt die Mandanten. Ich muss sie nicht mehr suchen und zu ihnen gehen. Diesen Luxus weiß ich zu schätzen.

Ich weiß, dass die Mehrheit meiner Kollegen nicht in einer derart komfortablen Situation ist. Es gibt deren zu viele und wohl auch mehr Spreu denn Weizen. Mancher fährt Taxi, andere flüchten sich in ein politisches Mandat. Das sichert dem Einzelnen die Existenz, rettet aber nicht die Politik. Mehr als zwanzig Prozent der Bundestagsabgeordneten sind Juristen. Damit wird die kühne These, dass der Deutsche Bundestag der Spiegel der Gesellschaft sei, deutlich widerlegt. Leben vielleicht von den rund achtzig Millionen Bundesbürgern sechzehn Millionen etwa von der Juristerei? Es gibt, auch wenn's erheblich weniger sind, von ihnen dennoch einfach zu viele – im Land wie im Parlament. Im Wald sorgt der Waidmann für das Gleichgewicht und gesunde Verhältnisse. Wer besorgt es in der Gesellschaft? Der Souverän, das Volk, an der Urne? Herrliche Einfalt!

Wenn die Politik als Gewerbe betrieben wird, dann gelten dort auch die Gesetze des Marktes. Nicht der Bessere setzt sich durch, sondern der Stärkere. Und worauf gründet sich diese Stärke? Wenn es allein Intelligenz und Rhetorik wären, würde zum Beispiel mein Freund Gregor – jaja, auch ein Jurist – nicht als Hinterbänkler sein Parteidasein fristen. Zählten allein ethisch-moralische Qualitäten, machten sie diese Stärke aus, blieben viele Reihen leer. Gewiss, mancher musste seinen Hut nehmen, weil er bei seiner Doktor-

arbeit geschummelt hatte, aber wie viele behaupten sich dennoch, obgleich sie Millionen und Milliarden durch den Schornstein schickten? Doch auch andere Schwachmaten und Moralprediger bleiben. Mithin: Die uns bekannten Regeln sind in der Politik verabschiedet, es gelten nicht einmal die Gesetze der natürlichen Auslese, würde ich als Jäger meinen. Ja, natürlich, es gibt unter den Politikern auch anständige und ehrliche, ich schlage sie nicht alle über einen Leisten, eine pauschale Verurteilung der Zunft, wie sie Mode geworden ist, geht mir gegen den Strich. Ich anerkenne, was gewürdigt werden muss, lobe, wer oder was Zustimmung verdient. Wenn die Anlässe selten sind, muss das nicht an mir liegen.

Im Kampfgebiet bin ich heute meist als Anwalt unterwegs. Und wenn Jahrestage anstehen, bei denen ich als Zeitzeuge gefragt bin. Der Kreis jener, die 1989/90 aufgrund der obwaltenden Umstände in die Politik gerieten oder in diese drängten, schrumpft von Jubiläum zu Jubiläum. Das ist nun einmal so. Damit schwindet aber auch die Zahl jener, die die Vergangenheit berichten und erklären können. Die Deutung wird Domäne von Historikern, die so unabhängig und frei im Urteil sind wie ein Astronaut nach dem Start der Rakete. Der Schriftsteller Stefan Heym, der mir freundschaftlich zugetan war, hinterließ ein wunderbares Werk, das er den »König David Bericht« nannte. Darin ist eine Kommission hochrangiger Staatsvertreter unablässig damit beschäftigt, den »Einen und Einzigen Wahren und Autoritativen, Historisch Genauen und Amtlich Anerkannten Bericht über den Erstaunlichen Aufstieg, das Gottesfürchtige

Leben, sowie die Heroischen Taten und Wunderbaren Leistungen des David ben Jesse, Königs von Juda« zu erarbeiten. Natürlich war dies ein Gleichnis auf die insbesondere zu Lebzeiten Stalins übliche Praxis, die Geschichte so umzuschreiben und zu deuten, dass sie gleichsam als ein fortwährender Aufstieg und triumphaler Siegeszug des Einen erschien. Von dieser Neigung scheint keine Generation frei zu sein, wenn sie die Vergangenheit aufschreibt und interpretiert. Und die Expertise ist umso freier, wenn kein Zeuge mehr widerspricht, weil keiner mehr lebt, und die Geschichtsdeutung sich in Übereinstimmung mit den politisch gesetzten Bildern befindet.

Obgleich selbst ein Freund absoluter Aussagen, teile ich den Satz »Sieger schreiben Geschichte« nicht uneingeschränkt. Wäre es so, gäbe es keine Auseinandersetzung um die Geschichte. Wenn die »Sieger« das Feld so eindeutig beherrschten, würden sie nicht den Vorwurf des »Geschichtsrevisionismus« erheben können, vorzugsweise gerichtet an jene, die ihren Darstellungen widersprechen. Die Vorhaltung kann sanft geäußert werden, wie dies der Honecker-Biograf Martin Sabrow tut, indem von einer »schleichenden Entmachtung der Historikerzunft« durch Zeitzeugen spricht, oder direkter, wie es sein Kollege Wolfgang Kraushaar formulierte. Für den ist der Zeitzeuge der Feind des Historikers.

Ich reklamiere für mich Zeitzeugenschaft und bekenne mich zu solcher Feindschaft. Und ich bin auch ein Geschichtsrevisionist in dem Sinne, dass ich die seit dreißig Jahren überwiegend verbreiteten Bilder von der DDR zu revidieren oder zu differenzieren

versuche. Wenn ich angerufen werde, erklingen statt des Klingeltons die ersten Takte der wunderbaren DDR-Nationalhymne. Natürlich ist das in den Ohren der meisten, die das hören, eine Provokation. Ich gebe zu: Auch darum habe ich diese Musik aufs Handy gespielt. Vornehmlich aber geschah das deshalb, um einige Dutzend Male am Tag daran erinnert zu werden, woher ich komme, was mich geprägt hat und wozu ich stehe. Das wirkt der Geschichtsvergessenheit – ein anderer Zug unserer Zeit – akustisch entgegen.

Ich war der letzte Innenminister der DDR und deren erster hieß Carl Steinhoff. Mein Vorgänger und Kollege, seit 1923 Sozialdemokrat, arbeitete zuvor als erster Ministerpräsident des Landes Brandenburg, ehe er unmittelbar nach Konstituierung der DDR am 7. Oktober 1949 nach Berlin gerufen wurde. Carl Steinhoff war ein linksliberaler Verwaltungsbeamter, den die Nazis mit Berufsverbot belegten und die Russen im Mai 1945 an die Spitze der brandenburgischen Nachkriegsverwaltung stellten. Vermutlich kannten sie ihn aus Ostpreußen, wo er in den frühen dreißiger Jahren tätig war. Bei den ersten demokratischen Wahlen im Oktober 1946 wurde Steinhoff der erste Ministerpräsident des Landes. Für sein Porträt, 1979 geschaffen vom Potsdamer Maler und Grafiker Kurt-Hermann Kühn, findet sich bis heute weder in der Staatskanzlei noch im Landtag ein Platz. (Überflüssig zu erwähnen, dass ich von Kühn ein Bild besitze.) Ein Ehrengrab für Steinhoff auf dem Friedhof in Wilhelmshorst bei Potsdam erlaube die Landessatzung nicht, wie es auf konkrete Nachfrage hieß ... Dabei

hat sich dieser MP um die deutsche Einheit wahrhaft verdient gemacht. Woher diese Ressentiments? Diese Vergessenheit? Auf der anderen Seite werden, angeblich um der historischen Gerechtigkeit willen, Jahr um Jahr Millionen ausgegeben, um die Schnipsel in der Stasi-Unterlagenbehörde zusammenzuleimen, nur um in Erfahrung zu bringen, wie der Speiseplan in der Betriebskantine in der Berliner Normannenstraße oder die Anweisung zum Entfernen von Hundescheiße an der Protokollstrecke ausschaute.

Nur zur Nachhilfe: Im Frühsommer 1947 lud der bayerische Ministerpräsident Hans Ehard alle deutschen Ministerpräsidenten nach München. Er wollte die – maßgeblich von den Großmächten forcierte – Spaltung Deutschlands aufhalten. Bayerns Ministerpräsident glaubte nämlich, dass es möglich sei, »durch diese Tagung den Weg zu ebnen für eine Zusammenarbeit aller Länder Deutschlands im Sinne wirtschaftlicher Einheit und künftiger politischer Zusammenfassung«. Aus dem Osten reisten fünf Ministerpräsidenten an, ihr Sprecher hieß Steinhoff. Die Franzosen untersagten zunächst die Teilnahme der in ihrer Besatzungszone regierenden Länderchefs, stimmten dann in letzter Minute jedoch zu und ließen sie nach München reisen. Gegen diese Konferenz war auch die SPD. Kurt Schumacher erklärte am 31. Mai 1947 in Frankfurt am Main vor Spitzenfunktionären, die Länderchefs, am wenigsten die der Ostzone, seien überhaupt nicht legitimiert, über politische Fragen zu reden. Wenn schon eine Konferenz stattfinden müsse, dann sollten in München allenfalls wirtschaftliche Detailfragen erörtert werden.

Aus Furcht, die SPD-Ministerpräsidenten könnten mit dieser Ansage einen Rückzieher machen, machte Ehard einen Rückzieher und setzte ausschließlich die Behandlung wirtschaftlicher und sozialer Einzelfragen auf die Tagesordnung. Die ostdeutschen Ministerpräsidenten hingegen verständigten sich darauf, auf der Münchner Tagesordnung auch den Punkt unterzubringen: »Bildung einer deutschen Zentralverwaltung durch Verständigung der demokratischen deutschen Parteien und Gewerkschaften zur Schaffung eines deutschen Einheitsstaates«. Sofern dieser Antrag von den anderen Tagungsteilnehmern nicht akzeptiert werden würde, wollte man die Konferenz verlassen, sagten sich die fünf. Denn das war die aktuelle Gretchenfrage: Wie hältst du es mit der deutschen Einheit?

Es war – zur Erinnerung – zwei Jahre nach dem Ende des Krieges. Deutschland lag in Trümmern und litt extreme Not. Die vier Besatzungsmächte jedoch hatten begonnen, gegeneinander einen Kalten Krieg zu führen. In diesen wurden zunehmend die von ihnen besetzten Zonen eingebunden. Während also ganz offensichtlich die fünf Ministerpräsidenten der sowjetischen Besatzungszone einen deutschen Einheitsstaat wollten, verfolgten die anderen Besatzungsmächte in und mit ihren Zonen andere Pläne. Und so wurden auch die West-Ministerpräsidenten für die Konferenz gebrieft.

Folgerichtig kam es zum Eklat.

Ehards Stellvertreter, der SPD-Politiker Wilhelm Hoegner, schrieb 1959 in seinen Memoiren, der Vorschlag der Ostzonenvertreter »sei nicht unbescheiden

gewesen«. Die meisten Konferenzteilnehmer hätten jedoch nicht über die deutsche Einheit sprechen wollen. Ja, warum wohl nicht?

Ein allgemeines Bekenntnis zur deutschen Einheit am Ende der Konferenz, das Ehard in Aussicht stellte, genügte den ostdeutschen Länderchefs nicht. Steinhoff schrieb zwanzig Jahre nach der Konferenz, dass ein »unverbindliches und abstraktes ›ausdrückliches« und feierliches Bekenntnis zur deutschen Einheit natürlich kein Ersatz für unseren konkreten Antrag« dargestellt habe. Er hätte sich nicht des Eindrucks erwehren können, dass es sich beim Streit um die Tagesordnung um ein »abgekartetes Spiel« gehandelt habe. »Wir fühlten uns hinters Licht geführt, hier wird mit gezinkten Karten gespielt.«

Drei Stunden nach Beginn der Konferenz verließen die ostdeutschen Politiker grußlos die Bayerische Staatskanzlei. »Nicht wenige aus dem Kreis der westdeutschen Delegierten atmeten auf«, erinnerte sich 1964 Reinhold Maier, der erste Ministerpräsident Baden-Württembergs. »Gottlob, so hörte man, dass wir die Kommunisten los sind.« Und eine Stimme von 1971: »Das ›mystische Grauen« vor dem Bolschewismus«, so Ferdinand Friedensburg, damals Vize-Oberbürgermeister Großberlins, der nach der Spaltung Berlins in den Westen wechselte und seit 1952 dem Bundestag angehörte, »war jedenfalls mächtig genug, um bei den meisten Teilnehmern unverkennbar das Gefühl der Erleichterung entstehen zu lassen, als die Vertreter der Ostzone abgereist waren.« Und die *Süddeutsche Zeitung* titelte völlig wertfrei: »Gottlob, die Kommunisten sind wir los.«

Nur zum Merken: Alle Ostdeutschen gelten als Kommunisten.

Von den fünf Ministerpräsidenten war aber nicht einer in der KPD. Carl Steinhoff / Brandenburg, Rudolf Friedrichs / Sachsen und Wilhelm Höcker / Mecklenburg-Vorpommern kamen aus der SPD, Rudolf Paul / Thüringen und Erhard Hübener / Sachsen-Anhalt aus der DDP, die später zur Liberaldemokratischen Partei wurde.

Die Vermutung Steinhoffs, dass es sich um ein abgekartetes Spiel gehandelt habe, war so abwegig nicht. Bei der Ankunft der ostdeutschen Ministerpräsidenten in München lag die komplette Tagesordnung bereits gedruckt vor, alle darin angekündigten Referenten kamen ausschließlich aus den Westzonen. Der Einwand der Ostdeutschen, sie seien nicht nur zum Zuhören nach München gekommen, wurde geflissentlich überhört.

Ehard wahrte am Ende nicht einmal die üblichen Formen des Anstands. Er übersah demonstrativ die zum Abschied gereichte Hand Steinhoffs.

Trotzdem besaß dieser noch einen Funken Hoffnung, obgleich er auf der noch in der Nacht erfolgten Pressekonferenz im Hotel erklärte: »Wir sehen uns einer geschlossenen Phalanx eines Nein gegenüber. Diese Entwicklung ist ein Ausdruck der deutschen Misere – es ist eine Schande!« Und in einem Interview mit der *Thüringer Abendpost* sagte Steinhoff: »Das Wort Einheit scheint in der Westzone einen anderen Inhalt zu haben als bei uns.«

Brandenburgs Ministerpräsident unternahm am folgenden Tag einen neuerlichen Anlauf, um mit ei-

nem Kompromiss das definitive Scheitern der Konferenz doch noch abzuwenden. Er schlug vor, »unser Pepitum«, das heißt ihr Gesuch, den von den Ost-MP gewünschten Tagesordnungspunkt an die erste Stelle zu setzen, zu ignorieren. Über die deutsche Einheit müsse nicht sofort diskutiert werden, und Steinhoff ließ offen, in welcher Weise das geschehen sollte, »ob als Diskussionseröffnung oder Verlesen einer entsprechenden Erklärung oder in sonst geeigneter Form«.

Das wurde wieder abgelehnt.

Carl Steinhoff bekräftigte 1966: »Nicht durch unsere Schuld ist damals in München eine große Chance schmachvoll vertan worden. Die intransigente (*ablehnende* – PMD) Haltung der westdeutschen Regierungschefs und die unmögliche Verhandlungsführung des damaligen bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Ehard haben alles verdorben.« Doch Steinhoff relativierte sogleich und zog den Rahmen weiter: »Meines Erachtens liegen die Hauptgründe in der Haltung der Westmächte, die schon damals auf eine Teilung Deutschlands abzielten.«

Brandenburgs Ministerpräsident Steinhoff konnte bei seiner Münchner Mission im Juni 1947 die deutsche Einheit nicht bewahren, das Land zerfiel 1949 in zwei Staaten. Ich fuhr Anfang Dezember 1989 in die bayerische Hauptstadt, um diese Zweistaatlichkeit zu überwinden. Mit Freunden hatte ich kurz nach dem Mauerfall die Christlich-Soziale Partei Deutschlands (CSPD) gegründet. Gemeinsam mit Hans-Wilhelm Ebeling, Pastor an der Thomaskirche in Leipzig, nunmehr Parteivorsitzender, reiste ich nach München

in der Hoffnung, dort für unsere Partei Beistand zu finden. Wir suchten Verbündete im Westen, die Berater und Geld zur Verfügung stellten, damit wir in der DDR erfolgreich eine wahrhaft christliche und sozial gerechte Politik würden machen können. Perspektivisch in einer deutsch-deutschen Konföderation. Dass wir diese Idee alsbald als unrealistisch begruben und als erste Partei in Deutschland ungeschützt und wenig diplomatisch verhüllt die staatliche Einheit forderten, war zunächst kein Thema.

Warum aber ausgerechnet Bayern?

Dafür sprachen subjektive wie objektive Gründe. Der eine Grund hieß Franz Josef Strauß. Wenngleich im Vorjahr verstorben, so hofften wir in München auf dessen Erben zu treffen: strategisch denkend, souverän, unorthodox, warmherzig. Diese Haltung hatte selbst Honecker beeindruckt, den nur das politische Protokoll davon abhielt, zur Trauerfeier für Strauß nach München zu reisen, wie eben der Antikommunist Strauß, was ich erst später erfuhr, dem Kommunisten Honecker den Respekt nicht verweigert hatte. Ich bin mir ziemlich sicher, dass Strauß, wenn er denn die neunziger Jahre noch erlebt hätte, sich nicht nur aus christlicher Nächstenliebe der Honecker-Hetze verweigert hätte.

Der andere Grund, weshalb wir Ende 1989 die Bayerische Staatskanzlei ansteuerten, war die nicht unbegründete Annahme, dass die CSU – im Unterschied zu den anderen Parteien in der Bundesrepublik – kein Pendant und keinen Partner in der DDR besaß und vielleicht einen gebrauchen könnte. Schließlich hatte Strauß als Ministerpräsident und Parteichef nie

nur Bayern im Blick. Als er zu Beginn der achtziger Jahre in der DDR aufkreuzte, wollte er damit nicht nur Kanzler Kohl ärgern, sondern auch demonstrieren, dass ihm der Freistaat Bayern zu klein war. Er reklamierte für das größte Flächenland der Bundesrepublik eine größere Rolle auch auf internationaler Bühne.

Schon auf der Toilette in der Staatskanzlei, um mich für das Gespräch frisch zu machen, bemerkte ich, dass ich wirklich in eine fremde Welt gekommen war. Hier hatten die Wasserhähne keine Knöpfe! Ich stand vor dem Spiegel und kämmte mich so lange, bis einer hereinkam, die Hände unter den Hahn hielt und – schon sprudelte Wasser. Aha, Fotozellen, wusste ich nun, und wusch mir die Hände.

Wir konferierten in verschiedenen Runden. Auf diese Weise lernte ich Ministerpräsident Max Streibl und Vizeparteichef Edmund Stoiber kennen, der ihn schon bald als MP beerben sollte. Der CSU-Generalsekretär Erwin Huber war dabei und Otto Wiesheu, der vor ihm dieses Amt bekleidet hatte, und einige andere wichtige Personen, die mir zwar vorgestellt wurden, deren Namen mir aber nichts sagten, wie etwa Wilfried Scharnagel, Chefredakteur des *Bayernkurier*, den ich Jahre später wiederholt bei Empfängen in der russischen Botschaft in Berlin treffen sollte.

Dass man uns soviel Zeit und Zuwendung schenkte, hielt ich seinerzeit für normal. Mit dem Abstand von Jahren sehe ich das ein wenig anders. Wir waren zwei Exoten aus Sachsen, politische Amateure, die einzige Referenz vielleicht: Wir kamen aus Leipzig, das aufgrund der Montagsdemonstrationen in

Westdeutschland eine gewisse Aufmerksamkeit gefunden hatte.

Bevor wir wieder in Ebelings Fiat Mirafiori stiegen – ein Geschenk seiner West-Mutter via Genex, jenem von Schalck-Golodkowski betriebenen West-Ost-Geschenkdienst –, hatte ich die Preisliste studiert, die in der Suite im Bayerischen Hof auslag. Dort waren wir zwei Naivlinge aus der DDR von der Staatskanzlei für eine Nacht einquartiert worden. Gewiss nicht ohne Kalkül. Das renommierte Hotel war seinerzeit auf Veranlassung von Bayernkönig Ludwig I. eröffnet worden: Er brauchte eine Nobelherberge für seine edlen Gäste aus adligem Hause. In der Demokratie stiegen auch Bundeskanzler, Künstler und Nobelpreisträger ab. Und nun wir Sachsen. Diese eine Nacht, mir verschlug's den Atem, kostete 1250 Westmark. Ich habe dort nichts angerührt: kein Fläschchen in der Minibar, kein Obst, von dem ich oft nicht wusste, wie es hieß und auf welche Weise man es verzehrte. Diese braune, eiergroße stachlige Frucht zum Beispiel hatte ich noch nie gesehen. Später, nun ja, erfuhr ich, dass sie Kiwi hieß und aus Neuseeland kam.

Unsere Reise nach München war erfolgreich. Man beließ es nicht bei verbalen Bekundungen, sondern steckte mir auch einen prall gefüllten Umschlag zu. Den Inhalt tauschte ich in Leipzig im Verhältnis eins zu zehn, um damit unsere leere Parteikasse zu füllen.

Unsere Mission endete also ganz anders als die von Carl Steinhoff 42 Jahre zuvor. Das lag an verschiedenen Umständen, vornehmlich wohl an dem einen Grund: Als die ostdeutschen Ministerpräsidenten

ten 1947 dort für die deutsche Einheit stritten, war man sich im Westen längst einig: Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb. Vornehmlich die USA meinten »den Kommunismus« eindämmen zu müssen und glaubten in Europa mit Westdeutschland ein Bollwerk gegen die Russen zu bekommen. Die Briten erwogen sogar, den Krieg gegen den einstigen Verbündeten in der Antihitlerkoalition fortzusetzen. Erst 1998 wurde bekannt, dass Churchill im Mai 1945 die Ausarbeitung eines Kriegsplanes unter der Geheimbezeichnung »Operation Unthinkable« bei seinem Generalstab in Auftrag gegeben hatte. Unter Reaktivierung von etwa 100 000 deutschen Kriegsgefangenen sollte – gemeinsam mit den USA – die Sowjetarmee militärisch aus Zentral-europa hinausgedrängt werden. Der Plan wurde jedoch fallengelassen, weil man der Welt schwerlich hätte erklären können, weshalb der bisherige Verbündete und Freund schon wenige Tage nach dem gemeinsamen Sieg über die Nazis der neue Feind sein sollte. Der britische Generalstabschef nannte mit Recht diesen Plan »reine Phantasterei« ohne Aussicht auf Erfolg.

Jetzt, zum Jahreswechsel 1989/90, war die internationale Lage eine ganz andere.

Die Sowjetunion war so gut wie am Ende. Sie hatte sich totgerüstet, die Menschen litten Not. Der Kommunismus, der ja eigentlich nur behauptete, einer zu sein, in Wirklichkeit nie einer gewesen ist, hatte sich erledigt. Die einstigen Verbündeten – vielleicht ist Vasallen der treffendere Begriff: Sie hatten sich ihre Führungsmacht so wenig aussuchen können wie die

Bundesrepublik und andere westeuropäische Staaten die ihre – befanden sich in keinem besseren wirtschaftlichen Zustand. Die DDR blutete seit Monaten aus, die Menschen wollten nicht mehr und verweigerten der sprachlosen Führung die Gefolgschaft. In solchen Phasen, in denen die oben nicht mehr können und die unten nicht mehr wollen, geschehen gesellschaftliche Umbrüche. Das nennt man gemeinhin Revolution. Die schien auch in der DDR herangereift. Und darum war man im Westen Emissären wie uns zugeneigt. Die Ausgangssituation war aus westlicher Perspektive erheblich günstiger als anno '47, eine Übernahme schien möglich. Davon hatte man immer geträumt und die »Einheit« in Sonntagsreden beschworen, aber nichts real geplant. Man hatte sich auch im Westen eingerichtet, die »nationale Frage« wurde allenfalls nur noch rhetorisch gestellt.

Das sehe ich heute so scharf. Damals war ich blauäugig und naiv und wollte lediglich die Zwänge, die auf uns seit Jahrzehnten lasteten, abschütteln, das Leben bunter und erträglicher machen. In der DDR. Vorerst. Und das mit Hilfe aus Bayern.

Ich hatte zunächst jedenfalls nicht den Eindruck, dass das, was in München mit uns verabredet wurde, von den Bayern mit strategischer Erwägung erfolgte. Sie schickten drei Berater, die uns bei der Ausarbeitung des Programms der Partei mit dem neuen Namen halfen. Christlich-Soziale Partei Deutschlands (CSPD) schien den Münchnern nicht zuzusagen. Wir hoben die Partei in Leipzigs »Goldener Krone« im Januar 1990 neuerlich aus der Taufe und nannten sie Deutsche Soziale Union. DSU klang wie CSU, aber

auch ein wenig nationalpatriotischer. Ebeling blieb Vorsitzender, ich Generalsekretär.

Wenig Zeit ging ins Land mit vielen Veränderung: Kein Vierteljahr später war ich Innenminister und Vize-Premier in einer Koalitionsregierung. Es war absehbar, dass ich der letzte Innenminister der DDR sein würde, dessen Aufgabe im Wesentlichen darin bestand, einerseits den inneren Frieden und die Ordnung aufrechtzuerhalten und andererseits die Schießprügel der bewaffneten Organe und deren Träger aus dem Verkehr zu ziehen. Ich wickelte auch das Ministerium für Staatssicherheit ab, das der erste Innenminister der DDR auf den Weg brachte. Carl Steinhoff hatte am 8. Februar 1950 das Gesetz über die Gründung des MfS vor der Volkskammer begründet. Die nannte sich damals noch immer provisorisch, weil man in Ostberlin unverändert nach der Einheit strebte und selbst das Parlament als Intermezzo verstand.

Zwei Jahre und sechs Tage später sollte ich in Prora auf Rügen geboren werden.

Die Begründung meines Vorgängers schien logisch und darum zwingend angesichts der nachweislichen Sabotageakte in der Ostzone. Steinhoff reflektierte darin seine eigenen Nachkriegserfahrungen als Ministerpräsident Brandenburgs und die Realität des Kalten Krieges in Deutschland. »Die hauptsächlichsten Aufgaben dieses Ministeriums werden sein, die volkseigenen Betriebe und Werke, das Verkehrswesen und die volkseigenen Güter vor Anschlägen verbrecherischer Elemente sowie gegen alle Angriffe zu schützen, einen entschiedenen Kampf gegen die

Tätigkeit feindlicher Agenturen, Diversanten, Saboteure und Spione zu führen, unsere demokratische Entwicklung zu schützen und unserer demokratischen Friedenswirtschaft eine ungestörte Erfüllung der Wirtschaftspläne zu sichern. Zur Durchführung dieser Aufgaben bildet das Ministerium in den Ländern Verwaltungen für Staatssicherheit, die dem Ministerium unmittelbar unterstellt werden.«

Carl Steinhoff konnte damals nicht ahnen, was wir heute alle zu wissen meinen, dass nämlich dieses MfS sich über die Jahrzehnte zu einem Geheimdienst entwickeln würde, dessen Hauptfeind offenkundig das eigene Volk war. Und ich hingegen konnte nicht ahnen, dass ich als demokratisch legitimierter Innenminister im Osten wie alle meine Vorgänger von westlichen Diensten observiert werden würde, wobei sie sich dabei auf einige Kollaborateure und Überläufer stützten, die über mich berichteten. Auch mir widerfuhr, wovor Steinhoff vor vierzig Jahren warnte. Auf mich wurde sogar geschossen. Es war mehr als kurios, dass der erste und der letzte Innenminister die gleichen Erfahrungen mit Westdiensten sammeln mussten. Waren ja alles Kommunisten.

Vielleicht ist das der Grund, dass der – im Unterschied zu mir – eher ruhige, zurückhaltende Steinhoff bei seinen brandenburgischen Nachfolgern einzig wegen dieses Gesetzes in Verschiss geriet. Das konnte offenbar nicht einmal der Umstand wettmachen, dass Steinhoff selbst Stalins Opfer war. Im April 1952 kam nämlich Order aus Moskau, den 60-Jährigen als Innenminister zu pensionieren und ihm an der Humboldt-Universität eine Professur für

Staats- und Verwaltungsrecht zu geben. Der Grund: Angesichts der weiteren Zuspitzung des Kalten Krieges wollte Stalin an der Spitze des DDR-Innenministeriums einen Militär, der Steinhoff nachweislich nicht war. Dieser ertrug seine Absetzung mit einer gewissen Erleichterung und einem Scherz auf den Lippen: »Man hat mir durch den Rausschmiss einen zweiten Herzinfarkt erspart ...«

Ich finde, dass Carl Steinhoff und mich mehr verbindet als die Tatsache, dass er der erste und ich der letzte Innenminister der DDR war, dass er das MfS ins Leben rief, welches ich abwickelte. Uns verbinden musische Neigungen, wir beide absolvierten Abitur und Jura-Studium mit Auszeichnung, und dass er den Krieg und die Nazis hasste wie auch ich es tue. Er aus eigener leidvoller Erfahrung, ich aus christlicher Gesinnung. Bei ihm hinterließ der Erste Weltkrieg bleibende Eindrücke, sie bestimmten nachhaltig sein Verhältnis zu Uniformen und Waffen. Bis zu seinem Tode 1981 hat er nie eine Waffe angefasst – abgesehen von einigen Jagdausflügen in den vierziger Jahren, zu denen Walter Ulbricht ihn eingeladen hatte. Allerdings war auch der kein passionierter Jäger.

Und wir teilen ein vernünftiges, partiell freundschaftliches Verhältnis zu den Russen. Steinhoff hatte vermutlich seine ersten Kontakte in den frühen dreißiger Jahren, als er Vize-Oberpräsident in Königsberg war. In seinem Nachlass fanden sich die Visitenkarten der in jener Zeit in Ostpreußen tätigen Konsuln der Sowjetunion. Und auch ich unterhielt, worüber noch zu reden sein wird, konstruktive Kontakte in meiner Amtszeit mit russischen Dienststellen, wes-

halb das Gerücht gestreut wurde, ich sei womöglich ein Agent des KGB.

Der einzige seiner Nachfolger im Amt des brandenburgischen Ministerpräsidenten, der Steinhoff in Maßen würdigte und ihn zumindest nicht vergessen hatte, war Manfred Stolpe. Er schenkte Steinhoffs Sohn ein Buch, das er als Ministerpräsident verfasst hatte, mit einer persönlichen Widmung: »Herrn Dr. Rudolf Steinhoff in dankbarer Verbundenheit zur Familie meines großen Vorgängers.«

Etliche Jahre später gab eben jener Rudolf Steinhoff, Sohn des »großen Vorgängers«, in der Potsdamer Staatskanzlei die von ihm herausgegebenen Erinnerungen seines Vater Carl Steinhoff mit der freundlichen Bitte ab, man möge sie dem amtierenden Ministerpräsidenten Woidke als Ausdruck seiner persönlichen Wertschätzung für dessen Arbeit übergeben. Nach nur wenigen Tagen kam das Buch mit der Post und der Erklärung zurück, der MP dürfe keine Geschenke annehmen.

Auch ohne diese Erfahrung werde ich nie in Versuchung geraten, in Potsdam ein Buch von mir in der Staatskanzlei zu hinterlegen. Die Stil- und Charakterlosigkeit hat überall Einzug gehalten. Das weiß ich. Darum muss ich nicht die Probe aufs Exempel machen ...

Mein Auto frisst die Kilometer. Waldstücke und Felder fliegen vorbei, das »Kampfgebiet« ist schon lange aus dem Rückspiegel verschwunden, kein Rauschen mehr im Äther. Bei der Abfahrt Waren (Müritz) setze ich den Blinker. Wenig später passiere ich Adams-

hoffnung, eine winzige Siedlung, deren Straße, wenn-  
gleich aus Asphalt, derart schmal ist, dass ich einem  
entgegenkommenden Fahrzeug Platz machen und  
auf den unbefestigten Rand ausweichen muss. Später  
biege ich auf einen Feldweg und ziehe eine Schleppe  
aus Staub hinter mir her. Zwei, drei einsame Gehöfte  
liegen am Wegesrand, das letzte ist das meinige. An-  
kunft im Paradies, im Land zum Leben, gleich hinter  
Adamshoffnung.

Alle in der großen Runde lachten, als ich ostdeut-  
scher Adam das Angebot des Bundeskanzlers, ein  
Bundesministerium in Bonn zu übernehmen, mit der  
Begründung ablehnte, ich hätte Heimweh.

Nur Helmut Kohl schwieg. Er hatte mich verstan-  
den. Er war ein kluger Mann.



Willi Sitte, einer der bedeutendsten Maler der DDR:  
So sah er Diestel 1993. Der Witz steckt im Detail – Frauen,  
Hanteln, gefaltete Hände ... Ein Blatt zur heiteren Erbauung



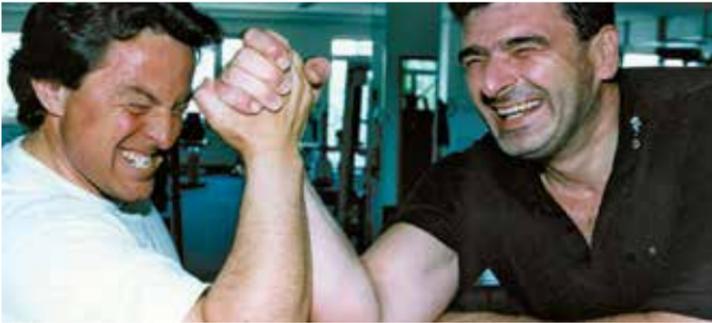
Familie und Dackel anno 1990: Anwalt Diestel mit Ehefrau Gabi und den Kindern Stefanie (\*1978), Jan (\*1984) und Friedrich (\*1978) vorm Haus in Leipzig



Die Gebrüder Diestel mit Vater Hans-Heinrich (Mitte): Thomas, Matthias, Andreas, Peter-Michael und Hans-Heinrich (v. r. n. l.)



»Don Camillo« (Zweiter von links), Gastwirt in Malchow, mit prominenten Gästen in seinem Ristorante: Stefan Heym (links außen) und Egon Bahr (rechts außen)



Armdrücken mit Olympiasieger Udo Beyer



11. Juli 1992: Pressekonferenz zur Gründung der »Komitees für Gerechtigkeit«, zu den 64 Aufrufern gehören Tamara Danz von »Silly« und PMD